

Interfraktioneller Antrag

- 1. VertreterInnen des Vereins "Lern und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus e.V." werden zeitnah in einer Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Gleichstellung eingeladen.**
- 2. Die Stadt Tübingen entsendet eine/einen Vertreter/in in den Beirat des Vereins "Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus e.V."**

Begründung:

Mit dem langsamen Verschwinden der Generation der Zeitzeugen benötigt die politisch-didaktische Auseinandersetzung zwischen Demokratie und ihren Feinden neue Formen und Einrichtungen. Deshalb müssen in das öffentliche Gedächtnis uns Erinnern neben existierenden Gedenkstätten in Zukunft neue und innovative Lernzentren treten, die den heranwachsenden Generationen in ansprechender Weise eine Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit und den Bedrohungen der Demokratie und Freiheit durch rechtsextremes, nationalistisches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut eröffnet. Dies gilt auch für die Stadt Tübingen.

Der Verein "Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus e.V." plant mit Blick auf die südwürttembergische Geschichte ein solches Zentrum in Tübingen, da unsere Stadt eine Hochburg des Nationalismus war und durch Universität, Mittelstand, Gerichte und Verwaltung an der Vorbereitung, Durchführung und später an der mangelhaften Aufarbeitung des Nationalismus beteiligt war.

Massenmörder und ihre Erfüllungsgehilfen kamen auch aus Tübingen.

In der Kulturkonzeption heißt es:

"Ein weiterer Schwerpunkt soll im Bereich Erinnerungskultur gesetzt werden. Hierbei stehen die Fragen nach Identität und Verantwortung für die Zukunft der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt und reflektieren damit ihre Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft."

Und weiter wird unter "haushaltsrelevante Maßnahmen" im Bereich Erinnerungskultur vorgeschlagen "bei der Etablierung neuer Stadtarchivräume: Gespräche mit dem Trägerverein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus e.V. über die möglichen Varianten einer Einbindung und entsprechendes Angebot einer Starthilfe durch räumliche Unterstützung".

Der Beirat überwacht den Geschäftsgang des Vereins, bestimmt die Vergabe der Mittel und berät den Vorstand in inhaltlichen und konzeptionellen Fragen.

Die Universität, die Schulen, der Jugendgemeinderat, der Landkreis und das Regierungspräsidium haben bereits ihre Repräsentant/innen in dieses Gremium entsandt.

Für die Tübingen besteht jetzt Handlungsbedarf!

AL/Grüne – Fraktion

Bruno Gebhart-Pietzsch

SPD-Fraktion

Andrea Le Lan

CDU-Fraktion

Dr. Albrecht Kühn